



Haus kirchlicher Dienste
der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers



NEWSLETTER FRIEDENSARBEIT

Arbeitsstelle Friedensarbeit September 2009

Wir haben die Wahl – darum jetzt den Frieden stärken !

Der September 2009 ist in friedensethisch und friedenspolitisch in mehrfacher Hinsicht von entscheidender Bedeutung. Zum einen jährt sich der Antikriegstag am 1. September zum 70. Mal. Materialien aus dem Arbeitsfeld Friedensarbeit dazu wurden bereits im Newsletter August beworben und stehen weiter zur Verfügung. Zusätzliche Informationen finden Sie hier. Zum anderen steht die Bundestagswahl an. Dazu wurden friedensethische Wahlprüfsteine erarbeitet, die als Entscheidungshilfe und Diskussionsgrundlage sehr gut geeignet sind. Es geht darum, Rüstungspolitik und Wehrungerechtigkeit zu skandalisieren und stattdessen zivile Konfliktbearbeitung und Freiwilligendienste zu fördern. Wir haben die Wahl – nutzen wir also unsere Stimmen! Eine gute Vorbereitungsmöglichkeit dazu ist auch den 21. September – weltweit wird er von den Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rats der Kirchen als internationaler Gebetstag für den Frieden begangen. „Wer betet, umarmt die Welt!“ (M. Buber). Kontemplation und Aktion stützen einander.



Zum Thema finden Sie in diesem Newsletter Folgendes:

1. [Zum Antikriegstag](#)
2. [20 Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2009](#)
3. [30 mal mehr für Militär als für Zivile Konfliktbearbeitung](#)
4. [Petition ‚Wehrpflicht aussetzen. Freiwilligendienste fördern!‘](#)
5. [Freiwilligendienste sind Mehr!Wert](#)
6. [Aufruf zum Internationalen Gebetstag für den Frieden am 21. September 2009](#)

Zum Antikriegstag

Bei den Veranstaltungen zum Antikriegstag – 70 Jahre nach dem Überfall Nazideutschlands auf Polen und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs am 1. September 1939 – protestieren Gewerkschaften und Friedensgruppen gegen die heutigen Kriegseinsätze der Bundeswehr und reklamieren entschiedenes Engagement der deutschen Politik für politische Konfliktlösungen und zivile Konfliktbearbeitung.

Der Krieg in Afghanistan hat zu etwa 50.000 Todesopfern und zur Verletzung von Millionen geführt. Keine Sicherheit, keine Entwicklung. Nach acht Jahren Krieg ist der Militäreinsatz in Afghanistan selbst nach Aussagen von Verantwortlichen in der US- Armee gescheitert. Nur die Bundesregierung mag das von ihr mit bewirkte Fiasko nicht zugeben. Ihr Abwehrkampf richtet sich stattdessen gegen das schlimme "K-Wort", mit dessen Verwendung Friedensbewegung und realistische Politiker und Medien angeblich den Taliban in die Hände spielen.

Die Antikriegstagsaktionen wenden sich u.a. auch gegen den Irakkrieg, treten für die Abschaffung der Atomwaffen ein und fordern Engagement für eine politische Lösung im Schlüsselkonflikt Israel/Palästina.

Gegen die mancherorts versuchte Vereinnahmung des Antikriegstags durch Neonazis (oft offen antisemitisch als Solidarität mit dem palästinensischen Volk gegen die israelische Besatzung verkappt) wehren sich die Friedensgruppen vehement. Es gilt, die eindeutige Lehre aus dem verbrecherischen Krieg Nazideutschlands in unserer Gesellschaft wachzuhalten: Nie wieder Faschismus - nie wieder Krieg!

Alternative Vorschläge aus Friedensforschung und Friedensbewegung sind formuliert und werden dem Desaster der militärischen Interventionen bei den Antikriegstags-Veranstaltungen entgegengestellt. So sind z.B. in der "Monitoring"-Reihe der Kooperation für den Frieden ausführliche Dossiers mit Strategien für zivile Konfliktbearbeitung erschienen: für Afghanistan, den Nahost- Konflikt, die Kurdenfrage in der Türkei und zum Atomstreit mit Iran. Auch die aktuelle Ausgabe Nr. 4/2009 des Magazins FriedensForum informiert über Zivile Konfliktbearbeitung als Schwerpunktthema. Das FriedensForum kann man/frau übrigens auch für 23,- EUR im Jahr abonnieren (6 Ausgaben p.J.). Es gibt nichts Vergleichbares, um über alles Wichtige in der Friedensbewegung auf dem Laufenden zu bleiben.



Als PDF gibt es die Dossiers unter <http://www.koop-frieden.de>, gedruckt sind sie wie auch das FriedensForum bestellbar unter <http://www.friedenskooperative.de/cgi-bin/bestell.p>

Infos zum Antikriegstag unter <http://www.friedenskooperative.de>

Die Friedenskooperative informiert in einem ausführlichen Terminkalender über die Veranstaltungen zum 1. September 2009 sowie Stellungnahmen und Aufrufe und bittet um Beteiligung und Engagement. Unter <http://www.friedenskooperative.de/termine/dekade09.htm> oder über die Links dahin über die Homepage der Ökumenischen FriedensDekade (<http://www.friedensdekade.de>) können Sie einen Eintrag Ihrer Veranstaltung/en direkt vornehmen. Bitte macht/machen Sie Gebrauch davon.

Zwanzig Wahlprüfsteine für die Bundestagswahl 2009

Die Wahlprüfsteine sind auf Vorschlag des Ausschusses der Kirchenleitung für Frieden und Abrüstung von der Kirchenleitung der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche im Juni 2009 verabschiedet worden. Informationen bei: Arbeitsstelle „Gewalt überwinden“ der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche: Dr. Marianne Subklew Wulfsdorfer Weg 29 22949 Ammersbek, Tel: 040 - 60 55 80 22, Email: info@gewalt-ueberwinden.de Web: www.gewalt-ueberwinden.de



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Andi Hill

Sie haben die Wahl, Sie können mit Ihrer Stimme Politik gestalten.

Besuchen Sie Wahlveranstaltungen und diskutieren Sie mit Ihren Bundestagskandidatinnen und -kandidaten den folgenden Fragenkatalog. Die folgenden Wahlprüfsteine bieten Ihnen eine Argumentationshilfe zu den Themen der Zivilen Konfliktbearbeitung, der militärischen Intervention, des Wehrdienstes sowie der Rüstungsexporte.

Zivile Konfliktbearbeitung

Deutschland beteiligt sich an vielen militärischen Einsätzen zur internationalen Krisenbewältigung. Diese werden im Bundesverteidigungsministerium in einem Ressort verantwortet. Für die Zivile Konfliktbearbeitung (ZKB) sind dagegen mehrere Ministerien und Einrichtungen zuständig (u. a. Auswärtiges Amt, Bundesministerium des Inneren, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bundeswirtschaftsministerium, Kanzleramt, Bundesministerium der Verteidigung). Die erforderliche Kooperation hierfür ist aufwändig.

1| Wie ist Ihres Erachtens die Handlungsfähigkeit für die ZKB zu verbessern? Setzen Sie sich dafür ein, dass die ZKB in einem Ressort zusammengefasst wird? Wie kann ihre Arbeit für die Öffentlichkeit sichtbar gemacht werden?

Die Mittel, die in den verschiedenen Haushalten für die ZKB vorgesehen sind, betragen nur ca. 15% im Vergleich zu den für das Verteidigungsministerium vorgesehenen Mitteln.

2| Halten Sie dieses Verhältnis für angemessen oder werden Sie sich für eine Veränderung dieses Verhältnisses zu Gunsten der ZKB einsetzen?

Allgemein herrscht die Auffassung, dass im Konfliktfall zivile Maßnahmen Vorrang vor militärischen haben sollen.

3| Welche Möglichkeiten sehen Sie, diesen friedens-, entwicklungs- und sicherheitspolitischen Grundsatz zukünftig stärker zur Geltung zu bringen?

Die Bundeswehr erfüllt militärische Aufgaben. Selbst wenn Soldaten in zivilen Bereichen helfen, geschieht dies auf der Basis bewaffneter Präsenz.

4| Wie sollten die Aufgaben zwischen zivilen und militärischen Kräften aufgeteilt sein, um vorrangig den zivilen Einsatz zu ermöglichen?

Militärische Intervention

Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1994 über die Auslandseinsätze der Bundeswehr sind mehr als hunderttausend deutsche Soldaten in Krisengebiete entsandt worden. Allein 2007 waren etwa 10.000 Soldaten gleichzeitig im Einsatz. Seit 25 Jahren hat sich weltweit die Zahl der Soldaten in multinationalen, Einsätzen von ca. 37.000 auf rund 140.000 erhöht. Die Bundeswehr hat sich bisher an mehr als 130 Einsätzen in aller Welt beteiligt.



Bei diesen Auslandseinsätzen ist zu unterscheiden zwischen Beobachtungs-, Überwachungs- und Sicherungsmissionen (z.B. ARTEMIS im Kongo), friedenserhaltenden Stabilisierungsmissionen nach Kriegen (z.B. KFOR im Kosovo ab 1999) und Interventionen in bestehenden bewaffneten Konflikten (z.B. ALLIED FORCE gegen Jugoslawien 1999).

5| Sind Sie der Meinung, dass die gegenwärtigen Einsätze der Bundeswehr mit Geist und Buchstaben des Grundgesetzes in Einklang stehen? Reicht der Spielraum der Verfassung aus oder wird er überdehnt? Müsste die Verfassung geändert werden?

6| Nach welchen Grundsätzen und Kriterien sollte über Einsätze entschieden werden?

Oft können Kämpfe durch das am internationalen Recht orientierten Gewaltmonopol beendet werden. Dieses *peace enforcement* – von dem Erlangen der Lufthoheit bis zur territorialen Herrschaft – ist gemessen am Rückgang offener Gewalthandlungen erfolgreich. Eine Reihe von empirischen Untersuchungen bestätigt die Vermutung, dass der Rückgang der Kriege und bewaffneten Konflikte in den vergangenen 15 Jahren durch das verstärkte internationale Friedensengagement halbiert werden konnte. Auch verkürzten sich Konflikte, wenn sie durch Friedensmissionen begleitet wurden.

Gleichwohl gab es daneben einige Fälle, in denen notwendige und sogar aussichtsreiche Friedensmissionen nicht zustande kamen oder scheiterten. Zwei Erfolgsfaktoren zeichnen sich ab: Zum einen ist es das Engagement der entsendenden vorwiegend westlichen Länder. Die Berichterstattung über Opfer und Not weckt humanitäre Motive. Zusätzlich wecken Interessen an Rohstoffquellen die mediale Aufmerksamkeit. Zum anderen hängt der Erfolg mit der Intensität der Gegenwehr zusammen. Eine ganz entscheidende Rolle spielen dabei Drittstaaten in der Region.

7| Sind Sie mit dem Grad der Zustimmung der Bevölkerung in Deutschland und in den Einsatzländern für die Einsätze der Bundeswehr zufrieden?

8| Tun die politischen Parteien in Deutschland genug, um den Nutzen, aber auch die Grenzen des militärischen Friedenseinsatzes in der Öffentlichkeit deutlich zu machen?

9| Sind die diplomatischen Bemühungen zur Vermittlung zwischen den Konfliktparteien und zur Einbindung von Drittstaaten ausreichend?

Leider tragen Friedensmissionen zur langfristigen Sicherung des Friedens und beim Aufbau stabiler Verhältnisse – also beim *peace keeping* – deutlich weniger Früchte. Die Kämpfe flackern nach einer anfänglichen Waffenruhe wieder auf. Dadurch liegt das Maß kriegerischer Gewalt insgesamt immer noch viel zu hoch. Die Erfolgsrate beträgt ca. 30%, Missionen der Vereinten Nationen erreichen 42%. Entscheidend für diesen Sachverhalt ist die so genannte Konfliktfalle, d.h. je schärfer der Konflikt, desto schwächer sind Staat und Wirtschaft und desto zersplitterter die Gesellschaft. Dies verschärft wiederum den Konflikt.



Unerlässlich ist also die Beantwortung der strittige Frage nach zivil-militärischer Zusammenarbeit. Möglich sind demnach paralleler Einsatz und enge Abstimmung sowie Kooperation militärischer und ziviler Akteure. Dies hat sich insbesondere die deutsche Politik mit wechselndem Erfolg zum Ziel gesetzt. Jedoch gibt es auf Seiten besonders der Friedensbewegung, aber auch der Entwicklungspolitik dazu viele kritische Anfragen. Außerdem mangelt es oft noch an der interministeriellen Abstimmung. Konkurrenzen und Kommunikationspannen zwischen den Geberländern kommen hinzu. Vollversammlung und Sicherheitsrat der Vereinten Nationen haben deshalb 2005 eine *Peace Building Commission* eingerichtet. Aufgrund ihrer schwachen Ausstattung sind ihre Aussichten angesichts der enormen Herausforderungen jedoch dürftig.

10| Sollen zur Verbesserung friedenserhaltender Einsätze Ihrer Ansicht nach Mittel von der militärischen auf die zivile Seite umgeschichtet werden? Oder sollen die zivilen Anstrengungen neben den militärischen intensiviert werden?

11| Was schlagen Sie vor, um den genannten Abstimmungs- und Kommunikationspannen wirksam zu begegnen?

Sind Streitkräfte zur unmittelbaren Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzung ein bewährtes Instrument, so treten sie im *post-war-conflict*, also im Übergang von der bewaffneten Friedenssicherung zur Krisenreaktion unterhalb der Schwelle des bewaffneten Konflikts in eine andere Funktion: Sie bilden den Sicherheitsrahmen für das Wirken anderer staatlicher Organe und nichtstaatlicher Kräfte. Bei zu offensiver Präsenz allerdings wirken sie kontraproduktiv.

12| Was kann getan werden, um die lokalen Akteure noch besser in die Gewaltregulierung einzubinden?

13| Wie weit soll man diesbezüglich mit fragwürdigen Partnern kooperieren?

14| Welche Sicherheitsorgane unterhalb der militärischen Operation sind nötig, um in Krisengebieten angemessen auf Gewaltkonflikte reagieren zu können? Was kann Deutschland tun, um seinen Beitrag in dieser Hinsicht zu leisten?

Wehrpflicht

Die Frage des allgemeinen Wehrdienstes im Verhältnis zu einer Berufsarmee wird seit langem diskutiert. Wichtige Gesichtspunkte sind unter anderem die Bundeswehr in der Gesellschaft zu

verankern, qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen, Professionalität zu erhöhen und mehr Wehrgerechtigkeit zu erlangen

15] Treten Sie für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht ein und wenn ja, warum?

16] Treten Sie für das Aussetzen der allgemeinen Wehrpflicht ein und wenn ja, warum?

Rüstungsexport

Die Verbreitung moderner Waffen gefährdet maßgeblich den Frieden in der Welt. Nur selten stellt der Mangel an geeigneten Waffen in den Händen der Ordnungsmächte ein Problem dar. Als eine der führenden Waffen- und Rüstungsexportnationen befindet sich Deutschland nach den USA und Russland auf dem dritten Platz.



Der Waffenexport folgt wirtschaftlichen Interessen. In den importierenden Ländern können Waffeneinfuhren die Konflikte enorm verschärfen, in dem die Waffen am Ende sogar gegen die internationalen Interventionstruppen gerichtet werden.

17] Sollte Deutschland im Rahmen der Vereinten Nationen Vorreiter für einen Vertrag über den Waffenhandel sein, um besonders die illegale Verbreitung von kleineren und leichten Waffen einzudämmen? Wie könnte ein solcher Vertrag erzielt werden? Wie ließe er sich umsetzen?

18] Treten Sie für ein umfassendes internationales Rüstungsexportregister ein?

Zur Rolle der Kirchen

Die Kirchen haben sich in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland immer wieder politisch engagiert. Das galt für die Einführung der sozialen Marktwirtschaft, für die Ost- und für die Friedenspolitik. Seit dem fundamentalen friedens- und sicherheitspolitischen Wandel nach dem Fall der Mauer haben sich die Aufgaben Deutschlands in der Internationalen Krisenbewältigung grundlegend geändert. Es stellt sich die Frage, ob die Bundesrepublik diesen Herausforderungen gerecht wird. Die Kirchen haben sich hierzu geäußert.

19] Begrüßen Sie die Stellungnahmen der Deutschen Bischofskonferenz (Gerechter Friede von 2000 und Soldaten als Diener des Friedens von 2005), die Friedensdenkschrift des Rates der Evangelischen Kirche (Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen von 2007) und der Evangelischen Seelsorge in der Bundeswehr (Friedensethik im Einsatz von 2009) und worin liegt Ihrer Meinung nach deren Bedeutung für die aktuelle politische Orientierung?

20] Sollen sich die Kirchen noch deutlicher und detaillierter in aktuellen friedens- und sicherheitspolitischen Fragen äußern?

30 mal mehr für Militär als für Zivile Konfliktbearbeitung

Von "Vorrang für Zivil" kann keine Rede sein - *Bund für Soziale Verteidigung (BSV)* legt erstmals konkrete Zahlen vor

In einer aktuellen Berechnung hat der *Bund für Soziale Verteidigung (BSV)* erstmals konkrete Zahlen zum Umfang der Haushaltsmittel für Zivile Konfliktbearbeitung im Bundeshaushalt vorgelegt. "Im Vergleich zum Militärhaushalt zeigen diese Zahlen ein deutliches Missverhältnis", kritisiert Dr. Ute Finckh-Krämer, die Vorsitzende der Friedensorganisation. "Im Verteidigungsetat sind in diesem Jahr 31 Milliarden Euro eingeplant. Das ist mehr als das 30-fache der Mittel für die Zivile

Konfliktbearbeitung. Von einem 'Vorrang für Zivil' kann also keine Rede sein."

Die Zahlen offenbaren noch mehr: Die Bundesregierung redet zwar viel vom "Vorrang für Zivil", aber sie hat noch nicht einmal einen genauen Überblick, was Zivile Konfliktbearbeitung eigentlich bedeutet. Nach den Berechnungen des BSV gibt der Bund im Haushalt 2009 etwa 900 Millionen Euro für Zivile Konfliktbearbeitung aus. Die Bundesregierung selbst hatte für das Jahr 2008 in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage (Bundestagsdrucksache 16/9363) etwa 430 Millionen Euro angegeben. Die Zahlen des BSV belegen aber auch, dass darüber hinaus kursierende Angaben von 3,268 Milliarden Euro, die auf Berechnungen der Bundestagsfraktion der Grünen beruhen, viel zu hoch gegriffen sind.



"Auch wenn die Mittel für Zivile Konfliktbearbeitung 2009 leicht gestiegen sind, zeigt sich, dass die Bundesregierung nicht weiß, was unter Ziviler Konfliktbearbeitung zu verstehen ist", resümiert Finckh-Krämer. "Und auf jeden Fall bleiben die bereitgestellten Mittel weit hinter denen für das Militär zurück."

Der BSV fordert als ersten Schritt, dass bis 2020 mindestens genauso viele Ressourcen für zivile Krisenprävention bereit stehen wie für militärische Einsätze.

Der *Bund für Soziale Verteidigung* (BSV) ist eine Fachorganisation der Friedensbewegung. In ihm engagieren sich 450 Einzelmitglieder und 40 Mitgliedsorganisationen. Der BSV war Initiator des Zivilen Friedensdienstes und beteiligt sich derzeit an der Kampagne "Vorrang für Zivil".

Petition Wehrpflicht aussetzen, Freiwilligendienste fördern!



Seit nunmehr über 50 Jahren hält die Bundesrepublik Deutschland an der Wehrpflicht fest, als wäre sie fester Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens. Freiheitsrechte können nicht weiterhin grundlos eingeschränkt werden. Ein Grund für die Beibehaltung der Wehrpflicht ist aber nicht zu erkennen. Hinzu kommt, dass inzwischen Willkür darüber entscheidet, wer Wehrdienst zu leisten hat und wer nicht. Die Ausmusterungsquote steigt ins Unermessliche.

Derzeit wird jeder zweite ausgemustert. Lediglich ein Drittel leistet tatsächlich Wehr- oder Zivildienst, wobei der Zivildienst zur Regel geworden ist und der Wehrdienst die Ausnahme darstellt. Eine allgemeine und

gleiche Wehrpflicht ist dies schon lange nicht mehr! Schluss also mit diesem ungerechten System, dass immer wieder zu Problemen bei der Arbeitsplatzvergabe führt! Demokratie erfordert Freiwilligkeit, keine Pflicht! Freiwilliges Engagement fördert das Demokratieverständnis und ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe. Freiwilligendienste verhelfen jungen, wie auch älteren Menschen zu sozialen Kompetenzen, die auch auf dem Arbeitsmarkt gefragt sind. Daher muss die Förderung von Freiwilligem Engagement, insbesondere in Form von Freiwilligendiensten, in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt werden. Der Deutsche Bundestag wird daher aufgefordert, die Wehrpflicht aufzugeben und das Augenmerk auf Freiwilligendienste zu lenken. Jeder, der sich dem anschließen kann, sollte sich aufgefordert fühlen, die Petition zu unterstützen, damit die Wehrpflicht endlich fällt.

Weitere Infos gibt's unter www.petition-wehrpflicht.de!

Freiwilligendienste sind Mehr!Wert

Das Thema "Freiwilligendienste" ist für die Evangelische Jugend von wachsender Bedeutung. Es gibt immer mehr evangelische Träger, die auch immer mehr Einsatzstellen anbieten bieten. Aber das reicht noch lange nicht, interessierten jungen Menschen einen Platz anbieten zu können. Gerade in der Kinder- und Jugendarbeit sind Einsatzstellen rar, hier fällt die Finanzierung besonders schwer.

Mit der Postkarten-Kampagne "Mehr!Wert", zur Bundestagswahl 2009, fordern die Evangelischen Freiwilligendienste und die Evangelischen Jugend von der Politik eine verlässliche Förderung aller Freiwilligendienste.

Mach mit und verschicke **Postkarten** oder **E-Cards** an die jugendpolitischen Sprecher(innen) der Parteien oder an deine Wahlkreisabgeordneten. Weitere Details und eine Arbeitshilfe zur Aktion finden sich unter <http://www.youngspirix.de/de/life-style/politik/mitmischen/wahljahr-2009/bundestagswahl-2009/mehrwert.html>



Internationaler Gebetstag für den Frieden - 21. September



Haiti, 2004, Photo © Paul Jeffrey/ACT

Gebete für den Frieden 2009

Im Jahre 2009 schließt sich der Ökumenische Rat der Kirchen zum sechsten Mal dem Internationalen Friedenstag der Vereinten Nationen an und lädt die Gemeinden in aller Welt ein, - möglichst mit gleichlautenden Gebeten - in allen Kirchen am 21. September, beziehungsweise an dem vorangehenden oder am darauf folgenden Sonntag, für den Frieden zu beten. Lesen Sie dazu die [Pressemitteilung...](#)

Diese Friedensgebete zum Internationalen Tag des Friedens haben das Ziel, *"alle religiösen und spirituellen Gruppen und Einzelpersonen, Männer, Frauen und Kinder, die sich für Frieden in der Welt einsetzen, zu ermutigen, den Internationalen Friedenstag am 21. September, weltweit in allen Gottesdienststätten und an allen Orten geistlichen Lebens vierundzwanzig Stunden lang mit Gebeten für Frieden und Gewaltfreiheit zu begleiten."* Für weitere Informationen beachten Sie bitte die Website www.idpvigil.com und melden Sie Ihre Verpflichtung zur Mitwirkung an.


Haus kirchlicher Dienste
der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers

Impressum 

Arbeitsstelle Friedensarbeit
P. Klaus J. Burckhardt
Haus kirchlicher Dienste
Archivstr.3, 30169 Hannover
E-Mail: burckhardt@kirchliche-dienste.de
Web: www.kirchliche-dienste.de
www.schrittegegenritte.de
www.friedenskarte.de